

(A) (Präsidentin Friebe)

Wirtschaft

auf und erteile Herrn Abgeordneten Tschoeltch für die Fraktion der F.D.P. das Wort.

Abgeordneter Tschoeltch (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hatte bereits am 12. Dezember bei den Beratungen zum Haushalt 1992 in der zweiten Lesung den sogenannten Handlungsrahmen für die Kohleregionen in Höhe von insgesamt 1,3 Milliarden DM als "Ermächtigungsgesetz des Ministerpräsidenten" zum NRW-Haushalt 1992 und die folgenden Jahre bezeichnet.

Ich habe dabei moniert, daß die Landesregierung ermächtigt werden sollte, über Millionenbeträge frei zu verfügen und diese Beträge beliebig zu verschieben. Der DGB-Chef Mahlberg nennt das ja richtigerweise "Politik nach Gutsherrenart". Ich möchte das, meine Damen und Herren, an dieser Stelle im Plenum auch belegen.

Wenn wir im Haushalt 1992 ansehen, lesen wir dort: "Die Ausgaben der Titelgruppe sind übertragbar und gegenseitig deckungsfähig." Das heißt im Klartext, daß die Landesregierung in den Jahren 1992 bis 1994 in der Größenordnung von 1,3 Milliarden DM innerhalb dieser Titelgruppe den Finanzrahmen ausschöpfen und an beliebiger Stelle die Finanzmittel einsetzen kann. 1992, meine Damen und Herren, sind das 184 Millionen DM. Da die Mehrheitsfraktion dem Verfahren zugestimmt hat, kann die Landesregierung jetzt diese 184 Millionen DM frei verfügbar einsetzen.

Sie könnte beispielsweise Gutachten in Auftrag geben oder auch sächliche Verwaltungsausgaben in dieser Größenordnung tätigen. Sie könnte den Gemeinden in dieser Größenordnung Zuweisungen geben, Sie könnte öffentliche Unternehmen fördern, Sie könnte private Unternehmen fördern oder Sie könnte auch soziale und ähnliche Einrichtungen fördern - aber in beliebiger Höhe innerhalb der 184 Millionen DM.

Sie haben in dieser Titelgruppe auch Ansätze mit einem Null-Ansatz. Sie können auch bei dem, was Sie uns als Vorlage geben, einen Null-Ansatz bis zur Größenordnung von 184 Millionen DM auffüllen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Das alles sagt dieser Haushalt 1992.

Meine Damen und Herren, nun haben wir in der Tat nach dem Urteil des Verfassungsgerichtshofes von Münster eine völlig neue Situation.

(Beifall bei der F.D.P.)

Denn nach dem Deal von Finanzminister Schleußer mit Umweltminister Matthiesen hat der Verfassungsgerichtshof einen doppelten Verfassungsbruch des Herrn Schleußer festgestellt. Ich darf deshalb aus dem Urteil des Verfassungsgerichtshofes zitieren, Zitat auf Seite 13:

Danach müssen die Ermächtigungen des Haushaltsplans so genau gefaßt sein, daß sie das Finanzgebaren der Exekutive durchsichtig machen, nicht verschleiern und wirksam zu steuern vermögen. Die genannten Haushaltsgrundsätze sind insgesamt nicht nur bei der Aufstellung des Haushaltsplans zu beachtende Ordnungsprinzipien; ihnen kommt eine das parlamentarische Budgetrecht sichernde Funktion zu.

Das ist das Urteil des Verfassungsgerichtshofes, Herr Minister.

Nun haben wir Ihnen eine Brücke bauen wollen mit unserem Antrag Drucksache 11/3198, in dem wir gefordert haben - ich zitiere -: "Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die haushaltsrechtlichen Vorgaben des Verfassungsgerichtshofes des Landes durch eine Überarbeitung des Haushaltsplanes für das Jahr 1992 umzusetzen." Das war eine Chance, daß Sie hätten tätig werden können. Die SPD hat, wie nicht anders zu erwarten, unseren Antrag abgelehnt. Sie haben diese Konsequenzen, meine Damen und Herren, nicht gezogen.

Mit dem heutigen Nachtragshaushalt wiederholen Sie Ihr Ermächtigungsbegehren vom letzten Jahr in der Größenordnung von 184 Millionen DM. Jetzt möchten Sie die Verpflichtungsermächtigungen um 135 Millionen DM aufstocken - wieder ohne jegliche Zweckbindung innerhalb dieser Titelgruppe. Das heißt, Sie wollen noch zusätzlich über 135 Millio-

(C)

(B)

(D)

(A) (Tschöeltch [F.D.P.])

nen DM verfügen und sie nach Gutsherrenart verteilen, gerade wie es Ihnen in den Kopf kommt.

Meine Damen und Herren, das geht ja noch weiter. Das reichte der Landesregierung noch gar nicht aus. Deshalb hat sie - um das noch einmal deutlich zu machen - im Haushalt eine zweite Position aufgenommen. Da heißt es: Diese Mittel insgesamt - wohlge-merkt von 1992 bis 1994 1,3 Milliarden DM - "dürfen zusätzlich zu den an anderer Stelle des Haushaltsplans veranschlagten Mitteln verwendet werden." Meine Damen und Herren, diesen Satz muß ich noch einmal wiederholen, damit er auch wirklich bei allen ankommt: Die Mittel, also diese 1,3 Milliarden DM, dürfen zusätzlich zu den an anderer Stelle des Haushaltsplans veranschlagten Mitteln verwendet werden.

(Abgeordneter Lanfermann [F.D.P.]: Wo, in welchen Bereichen?)

- Überall, Herr Kollege Lanfermann! Deshalb sage ich: Das ist ein erneuter Verfassungsbruch, meine Herren Minister, den Sie hier begehen.

(Widerspruch des Finanzministers Schleußer)

(B)

Selbstverständlich. Das widerspricht in allen Punkten dem, was ich gerade zitiert habe. Der Verfassungsgerichtshof in Münster hat eindeutig festgelegt, daß es Klarheit und Wahrheit im Budgetrecht geben muß. Das mißachten Sie, das mißachten Sie erneut.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Herr Finanzminister und Herr Wirtschaftsminister, was ist das für eine Art, daß Sie uns sozusagen ständig zwingen, daß wir nach Münster gehen, damit wir recht bekommen? Kann das denn eigentlich für die Zukunft das Verfahren sein, wie wir es zwischen Opposition und Mehrheitsfraktion und Regierung handhaben sollen? Wollen Sie uns denn wirklich zwingen, daß wir jedes Mal zum Verfassungsgerichtshof gehen, wo wir ja recht bekommen werden? Das geht ja eindeutig aus dem ersten Urteil hervor.

Nein, Sie sollten sich wirklich einmal besinnen und zu einer gesunden, durchsichtigen und überschaubaren Finanzpolitik zurückkehren.

(C)

Wenn ich mir an der Stelle eine Bemerkung erlauben darf: Gerade gehen ja in Bonn die Wellen hoch. Der dortige Verteidigungsminister hat seinen Hut genommen - ich muß sagen, zu Recht.

Was war passiert? In seinem Haus - noch nicht einmal er selber - hat man es nicht fertiggebracht, daß ein Haushaltsbeschluß in der Größenordnung von 25 Millionen DM dem Willen des Parlamentes entsprechend gestoppt und das Geld ausgegeben wurde. Das Ministerium hat sich nicht daran gehalten. Der Verteidigungsminister hat seinen Hut genommen - ich sage, zu Recht. Das waren 25 Millionen DM.

Sie verschieben 1,3 Milliarden DM am Parlament vorbei! Wir können überhaupt nicht kontrollieren, was Sie mit den Finanzmitteln machen werden.

Meinen Sie nicht, daß Sie auch Konsequenzen ziehen müßten, wenn gerade die SPD in Bonn das, was dort passiert ist, so anprangert? Die SPD müßte eigentlich auch hier das Wort ergreifen und das Finanzan-gehen dieser Landesregierung genauso kritisieren, wie sie es in Bonn tut. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der F.D.P. - An Abgeordneten Tschöeltch [F.D.P.] gerichteter Zuruf Minister Einerts - Abgeordneter Mernizka [SPD], an Minister Einert gewandt: Der Tschöeltch ist sich doch für nichts zu schade!)

(D)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich darf als nächstem Redner Herrn Kollegen Meyer für die CDU-Fraktion das Wort erteilen.

Abgeordneter Meyer (Hamm) (CDU): Herr Präsi-dent! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung legt den Nachtragshaushalt vor, durch den der Bereich "Wirtschaft" durch Erhöhung der Verpflich-tungsermächtigung betroffen ist. Dennoch war der Wirtschaftsausschuß vom Ältestenrat für eine Befas-sung mit diesem Nachtragshaushalt nicht vorgesehen. Als Wirtschaftsausschuß haben wir uns dann, da das Thema gar nicht auf der Tagesordnung stand, mit dieser Erhöhung nicht beschäftigen können. Wir waren, wie gesagt, nicht vorgesehen; so wichtig war es offenbar nicht.

(A) (Meyer [Hamm] [CDU])

Herr Tschöeltsch hat eben ausgeführt, daß es, was die Einzelzuweisung angeht, wirklich nicht wichtig ist, ob wir uns im Detail damit auseinandersetzen, weil der Wirtschaftsminister in diesem Haushalt sowieso machen kann, was er will. Und er tut es ja auch. Die Verpflichtungsermächtigungen werden im Haushalt an einer Stelle zugeordnet, doch können die entsprechenden Mittel an jeder anderen Stelle innerhalb dieser Position verausgabt werden, für was auch immer. Es ist sogar so, daß die Zuordnung sicherlich auch schon per Zufall vorgenommen worden ist. Ich glaube, daß sich darum gar keiner richtig Gedanken gemacht hat.

Wenn der Wirtschaftsminister wenigstens jetzt an dieser Stelle nachgearbeitet hätte! Denn schon in der Wirtschaftsausschußsitzung zum ordentlichen Haushalt haben wir diskutiert, daß wir hinnehmen mußten, daß Ihre Veränderungen betreffend das Kohleprogramm gar nicht - noch nicht einmal gedanklich - einzelnen Ausgabestellen zugeordnet waren. Sie aber haben es noch nicht einmal für nötig gehalten, das nun, einige Monate später, nachzuholen. Das heißt also: Sie stocken lediglich die Verpflichtungsermächtigung auf, haben aber noch nicht einmal das Nacharbeiten vollzogen.

(B) Ich sage dazu: Trotz Abhaltung der Kohlekonferenzen haben Sie in der Sache konzeptionell nicht weitergearbeitet. Denn sonst hätten Sie ja inzwischen eine entsprechende Zuordnung auf Einzelprogramme vornehmen können.

Ich beklage ferner nachdrücklich, daß Sie - oder zumindest Ihre leitenden Beamten - nach außen hin die Kürzung der beschäftigungsorientierten Förderprogramme bedauern, die Dinge aber mit dem Nachtragshaushalt nicht in Ordnung gebracht haben - auch wiederum noch nicht einmal gedanklich. Sie könnten - das haben Sie den Betroffenen angedeutet - die Programme durch Umgruppierung ja so um- und ausgestalten, daß Sie trotz Kürzung der alten Politik nachgehen könnten.

Deshalb ist es ganz wichtig, daß wir Sie, Herr Wirtschaftsminister, einmal ernsthaft fragen: Was ist denn jetzt wirklich dran an der Diskussion, die Sie uns hier die ganze Zeit vortragen? Sie reden draußen im Lande bei jeder Veranstaltung vor irgendwelchen Wirtschaftsverbänden, bei Messen und sonstigen Gelegen-

(C)

heiten von allen möglichen wirtschaftsfeindlichen Problemen - ich nenne die Stichworte "Bürokratie", "zu hohe Steuern", "zu hohe Lohnkosten", "zu hohe Abgaben", "Maschinenlaufzeiten zu kurz", "Verkehr und Entsorgung müssen verbessert werden". Wo aber, Herr Wirtschaftsminister, sind Ihre Initiativen in dieser Sache in diesem Parlament jemals sichtbar geworden? - Sie sind innerhalb der Regierung Rau der Schönredner für die Wirtschaftsveranstaltungen und mehr nicht.

(Beifall bei der CDU)

Nicht einmal in Ihrer eigenen Fraktion werden Sie in der Sache ernst genommen. Das muß langsam einmal aufgedeckt werden. Wir haben Sie wirklich lange genug reden lassen. Ich bin es leid, daß Sie in der Öffentlichkeit von dem Erdrücktwerden durch die Bürokratie reden, aber im Parlament und in Ihrem Ministerium keinerlei Aktivitäten entwickeln, um diese Bürokratie anzugehen. Das ist die Problematik, vor der wir hier stehen. Diese Schönrederei muß endlich ein Ende haben.

Wir müssen die Fragen, die mit dem Standort NRW zu tun haben, wirklich ernsthaft angehen.

(D) Zum Beispiel die Flächenfrage! Es nützt nichts, das Problem der Industrie- und der Gewerbeflächen durch die Schaffung neuer Institutionen vor Ort anzugehen und diese mit Millionen für Personal oder Gutachten auszustatten. Vielmehr müssen Sie an die Materie herangehen, müssen Flächenaufbereitungsanlagen vor Ort installieren wollen. Sie müssen es wirklich tun. Denn warum schaffen die Holländer es, Flächenaufbereitungsanlagen zu installieren, und Ihnen gelingt gerade einmal ein Probebetrieb in der Größenordnung einer Tankstelle für die Aufbereitung von Industrieanlagen? Sie brauchen zur Bewältigung der Probleme unseres Landes, einer der wirklich mitgenommenen Industrieregionen, um diese Region auf die Zukunft hin umzugestalten, neue Ideen, klare Programme und vor allen Dingen klare Ziele. Und wenn Sie diese überbringen und sich selbst hinterher noch daran halten, dann sind wir einen Schritt weiter.

Wenn ich das Stichwort "Worthülsen" höre, dann ist das genau das, was der DGB beklagt hat - Herr Tschöeltsch hat es eben auch schon angesprochen.

(A) (Meyer [Hamm] [CDU])

und wir haben beim letztenmal darüber diskutiert -: Der eine nennt es "Politik nach Gutsherrenart". Man kann es auch "Von-Fall-zu-Fall-Entscheidungen" nennen; das ist eine bessere Umschreibung für "Zu-fallsentscheidungen". Diese von uns hier beklagten und kritisierten Einzelfallentscheidungen - ich nenne die Stichworte "Bochum" und "Oberhausen" - werden dann anschließend im Parlament so dargestellt, als seien das die großen strukturellen Veränderungen für das Land Nordrhein-Westfalen.

(Zuruf des Abgeordneten Lindlar [CDU])

Herr Wirtschaftsminister, weil Sie dieses Kohleprogramm in den Einzelheiten nicht haben darstellen können, da Sie lediglich vier oder sechs Themenfelder im Wirtschaftsausschuß benennen konnten, ohne zu beschreiben, was innerhalb dieser Themenfelder aus welchen Gründen in Zukunft in den Kohleprogrammen bezuschußt werden soll, haben Sie uns zugesagt, Sie würden im Wirtschaftsausschuß die entsprechenden Anträge vor der Beschlußfassung vorlegen.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Das ist doch gut!)

(B)

- Ja! Ich warte darauf, daß das passiert. Diese Zusage hat der Wirtschaftsminister bisher nicht eingehalten. Bisher ist kein einziger Fall vorgelegt worden, obwohl allerorten in den Zeitungen schon davon geschrieben wird, welche Zuschüsse innerhalb dieses Kohleprogramms aus dem Wirtschaftsministeriums kommen werden. Herr Wirtschaftsminister, ich gehe davon aus, daß bisher keine einzige definitive Zuschußentscheidung aus Ihrem Hause vorliegt und Sie sich an Ihr Wort halten, das Sie dem Wirtschaftsausschuß verbindlich gegeben haben.

Meine Damen und Herren, wir sollten die Schlagzeile ernst nehmen, die Herr Razio vor wenigen Tagen im "Handelsblatt" gebracht hat:

Die Veränderungen in der Wirtschaft setzen einen Wandel in den Köpfen voraus.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Minister Schleußer: Das ist wohl wahr!)

(C)

Daran mangelt es in dieser Landesregierung. - Danke schön, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Busch das Wort für die Fraktion DIE GRÜNEN.

Abgeordneter Dr. Busch (Düsseldorf) (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann dem, was Herr Tschöeltsch zum Schattenhaushalt, der sich gebildet hat, der sich "Handlungsrahmen für die Kohleregionen" nennt und in Wirklichkeit ein großer Verschiebepark ist, nur zustimmen. Ich sehe das genauso. Wir werden sicher prüfen lassen, ob sich hier ein weiterer verfassungswidriger Tatbestand ergeben hat. Es ist ja nicht einmal klar, ob nicht die Zuschüsse, die hier veranschlagt werden, zum Beispiel für das Projekt Neue Mitte Oberhausen ausgegeben werden können.

Das scheint mir vollkommen naheliegend. Wenn Sie nämlich die EG-Mittel nicht bekommen, Herr Einert, wenn Sie die Bundesmittel nicht bekommen, Herr Einert, bleiben Ihnen nur noch Landesmittel. Wie schön, daß Sie diesen Topf gerade noch erhöht haben. Das paßt geradezu.

Ob das gemeint war, als wir das hier beraten haben, möchte ich allerdings sehr in Frage stellen.

(Zustimmung des Abgeordneten Tschöeltsch [F.D.P.])

Wir haben festgestellt, daß die Veranschlagungen im Haushalt offensichtlich überhaupt keine Relevanz haben. Wir kritisieren die Mentalität, mit der man die Deckungsfähigkeitsvermerke in extenso ausweitet, mit der man zuläßt, daß Projekte sogar zwischen den verschiedenen Einzelplänen im Rahmen der Strukturhilfe umgesetzt werden können. Beispielsweise wird ein Technologiezentrum veranschlagt und dann ein Projekt wie z. B. das EFMT durchgeführt und im Haushalt nicht einmal nachgewiesen. Sogar außerplanmäßige Ausgaben erscheinen überhaupt nicht im

(D)

(A) (Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

Haushalt, sofern sie einmalig sind. Das haben wir ja auch schon gehabt, Herr Schleußer: Die außerplanmäßige Ausgabe von 1,29 Millionen DM für die GEG Oberhausen haben Sie 1990 als außerplanmäßige Ausgabe durchgeschleust und in den nachfolgenden Haushalten überhaupt nicht mehr ausgewiesen. Diese Ist-Spalte habe nur informatorischen Wert, haben Sie gesagt, und brauche nicht vollständig zu sein, und gefragt, was es das Parlament angehe, daß 1,3 Millionen DM ausgegeben worden seien.

Das werden wir weiter kritisieren und gegebenenfalls auch die dritte Gewalt einschalten bzw. einschalten müssen, weil Ihre Lernfähigkeit offensichtlich sehr gering ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das setzt sich weiter fort: Wir haben im Haushalt 1992 globale Mehrausgaben in Höhe von 110 Millionen DM für den Zweck "Beschleunigung der Asylverfahren". Das Ziel, die Asylbewerber loszuwerden, scheint Ihnen so wichtig zu sein, daß Sie alle Wege gehen. 110 Millionen DM ohne jede konkrete Zweckbestimmung - außer der, Asylbewerber loszuwerden - zur Verfügung zu stellen, ist eigentlich nicht etatfrei. Demgegenüber sind aber die Strukturhilfeeinzahlungen durch den Bund absehbar. Da sind Sie aber nicht bereit, die Ansätze entsprechend zu erhöhen. Ich verstehe nicht ganz, warum hier mit zweierlei Maß gemessen wird.

(B)

Wir haben diesen denkwürdigen Umstand festzustellen - Herr Heinemann ist im Moment nicht hier -, daß 23,8 Millionen DM an globaler Minderausgabe eingestellt wurden, um zu verschleiern, wo diese 23 Millionen DM im Sozialetat eingespart werden sollen. Herr Heinemann hat sich damit gebrüstet, daß er das Programm "Therapie sofort" ausweite, hat aber nicht gesagt, wie er das finanzieren will. Das haben wir kritisiert, und zwar auch im Haushaltsausschuß. Das gleiche gilt auch für die Problematik, daß im Schuletat 1 000 Stellen hin- und hergeschoben werden.

Das ist doch genau das Problem: Wir stehen vor dem Gegenteil von Haushaltsklarheit, Haushaltswahrheit und Transparenz, von der Durchsetzung des Budgetrechts des Parlaments. Das Gegenteil findet statt, denn wir wissen eben nicht, was letztlich passiert.

(C)

Wir können das in der Jahresrechnung - von jetzt aus gerechnet in rund zwei Jahren - nachlesen, was Sie tatsächlich gemacht haben. Nur interessiert das dann niemanden mehr. Unsere Arbeit ist zeitnah. Unsere Arbeit ist politisch, nicht historisch.

(Beifall bei den GRÜNEN - Abgeordneter Trinius [SPD]: Das gilt genauso für die Verwendung der Abwasserabgabe!)

- Herr Trinius, unsere Arbeit ist nicht historisch, sondern unsere Arbeit ist zeitnah. Wir haben hier Politik zu machen. Wir haben hier Wahlkämpfe zu machen. Da müssen wir die Informationen von der Regierung bekommen können.

Wie parlamentsfeindlich sich diese Regierung aber verhält, das haben wir in der Fragestunde der letzten Woche gesehen. Damals hat sie nämlich auf Fragen nicht geantwortet, obwohl sie nach der Verfassung dazu verpflichtet ist. Die Verfassung hat eine Antwortpflicht der Landesregierung konstituiert und nicht nur die Möglichkeit zu antworten.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Wir haben doch einen Untersuchungsausschuß eingesetzt!)

Wie sollen wir denn die Regierung kontrollieren, wenn wir hier keine Antwort auf ganz klare, eng abgegrenzte Fragen bekommen?

(D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt komme ich zu Herrn Kuschke! Herr Kuschke, Sie haben mir hier in Übereinstimmung mit Walter Jacobs von der "taz" Opportunismus vorgeworfen. Auch Herr Farthmann hat das letzte Woche schon gemacht. Ich registriere es, daß die "taz" für Sie Stichwortgeberin geworden ist. Ich finde, es ist eine Frage des Stils, wenn man so vorgeht und sich nicht mit dem Sachverhalt auseinandersetzt.

(Abgeordneter Dr. Dammeyer [SPD]: Aber bei Ihnen trifft das auch zu, und Sie sind getroffen?)

- Ich fühle mich auch beleidigt, wenn man mir Opportunismus vorwirft. Ich bin noch nicht so versaut

(A) (Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

wie andere, die dieses Wort nicht mehr kratzt, sondern mich trifft das. Ich weise das entschieden zurück,

(Beifall bei den GRÜNEN)

weil die Politik, die wir und ich machen, nicht opportunistisch ist, sondern weil ich für diese Politik sehr gute Gründe habe, die Sie leider nicht verstehen oder nicht verstehen wollen. Das ist aber Ihr Problem. Deswegen müssen Sie doch andere Leute nicht beleidigen.

Es ging doch darum - Herrn Kuschke möchte ich das doch gerne noch einmal erklären, weil er dazu hier so vehement vorgetragen hat -, daß wir im Haushaltsausschuß über Maßregelvollzug und über die restlichen Änderungen im Sozialetat abgestimmt haben. Dazu gehört unter anderem die Einstellung einer globalen Minderausgabe von 23,8 Millionen DM.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Deckung muß sein!)

Sie sagen es zwar nicht, meinen aber, daß die Altenhilfe gekürzt wird, daß auch an anderen Sozialprogrammen gekürzt wird, und zwar in Höhe von 23,8 Millionen DM. Woher soll das Geld auch sonst kommen?

(B)

Wir hatten zum Beispiel über die Kürzung des Ansatzes bei Baumaßnahmen für Altenhilfe in Höhe von 2 Millionen DM abzustimmen. Wir hatten über die Kürzung der Kostenerstattung an die Träger der Sozialhilfe in Höhe von 10 Millionen DM abzustimmen. Diese Änderungen wollten wir nicht. Deshalb haben wir den Antrag des Sozialausschusses, diese Titel so zu kürzen, abgelehnt. Das war Gegenstand des Antrags. Diesen Antrag der SPD haben wir abgelehnt, weil wir diese Kürzung nicht wollen. Da können Sie uns doch nicht vorwerfen, daß wir "Therapie sofort" abgelehnt hätten. Das ist doch absoluter, barer Unsinn!

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Ohne Deckung!)

- Herr Trinius, ich habe jetzt versucht, das für Herrn Kuschke noch einmal zu erklären. Ich weiß nicht, ob er die Gelegenheit hat, das zu hören. Manche ver-

(C)

stehen es auch bis zum Ende nicht. Und für diesen Fall, daß es wirklich jemanden in diesem Raum gibt, der es immer noch nicht verstanden hat, werden wir diese beiden Stellen, an denen wir fälschlich zitiert worden sind, nämlich erstens "Therapie sofort", zweitens die Umsetzung der 1 000 Stellen bei der Polizei, hier extra zur Abstimmung stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

damit auch wirklich nicht der Rest des Schattens eines Zweifels bleibt - außer bei den unendlich Unbelehrbaren, und da kann man ja nun wirklich nichts mehr machen.

Ich will in der letzten Minute, die ich zur Verfügung habe, zu einem letzten Punkt kommen. - Sie haben sich ja in Ihrem Entschließungsantrag für heute Mut gemacht. Es geht eigentlich um Schulpolitik in dieser Debatte. Da haben Sie geschrieben:

Ökonomische und finanzpolitische Veränderungen, die durch die deutsche Einheit und die neuen internationalen Verpflichtungen entstanden sind, zwingen in allen Politikbereichen zu Einschnitten.

Damit meinen Sie natürlich die Schulpolitik. Diese Aussage ist fast richtig; sie ist aber irreführend zugleich und soll uns Sand in die Augen streuen. Das steht nämlich am Anfang eines Entschließungsantrages, wo Sie die Kürzungen im Schulbereich rechtfertigen wollen. Also: Die deutsche Einheit und die internationalen Verpflichtungen verursachen die Schulmisere in Nordrhein-Westfalen. Solch ein blanker Unsinn!

(D)

(Minister Schwier: Wir kürzen doch gar nicht!)

So ein verdammter Unsinn, wie ich ihn lange nicht gehört habe; denn den Unterrichtsausfall gibt es schon seit Jahren. Herr Schwier, ich habe über die Schulmisere in Nordrhein-Westfalen gesprochen. Die versuchen Sie mit der deutschen Einheit und den internationalen Verpflichtungen zu begründen, und das ist barer Unsinn!

(Beifall bei GRÜNEN und F.D.P.)

(A) (Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

Denn diese miserablen Standards in Nordrhein-Westfalen gibt es seit Jahren. Seit Jahren weisen Ihre eigenen Zahlen, die Zahlen des Kultusministeriums, nach, daß Sie eine katastrophale Situation auch im Vergleich der Bundesländer haben.

(Minister Schwier: Welche Zahlen?)

- Was die Unterrichtsstunden für die Schüler angeht, was den Lehrerbefüll, was die Ausstattung der Schulen angeht,

(Minister Schwier: Stimmt nicht!)

all das hat Ihr Ministerium, Herr Schwier, belegt.

(Minister Schwier: Nein!)

Das haben nicht die GRÜNEN gesagt - wir hätten es auch sagen können -, sondern das haben Sie selber gesagt.

(Minister Schwier: Nein!)

Das ist Unsinn, weil es eben nicht in allen Politikbereichen zu Einsparungen kommt. Es kommt nicht zu Einsparungen bei der Wirtschaftsförderung, es kommt nicht zu Einsparungen im Straßenbau, es kommt nicht zu Einsparungen in vielen anderen Bereichen, nur im Schulbereich!

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Schulbereich ist Ihr Sparstrumpf! Sie legalisieren den Unterrichtsausfall, um genau diese Kürzungen, die seit Jahren betrieben werden, hier zu rechtfertigen. Ihr ganzer Antrag ist eine einzige Schönrederei, eine einzige Verharmlosung!

Ich will als letztes zitieren - meine Redezeit ist zu Ende -: "die bedarfsbestimmenden und bedarfsdeckenden Faktoren wieder in Übereinstimmung bringen." Ja, wunderschön! Das klingt ja so, als würde man irgendwo mit Tipp-Ex ein bißchen was entfernen. Aber das heißt: 17 000 Lehrerstellen werden praktisch dadurch überflüssig gemacht, daß Sie Unterrichtsausfall legalisieren.

(Minister Schwier: Nein!)

(C)

- Indem Sie Unterrichtsausfall legalisieren, Herr Schwier! Das tun Sie, und was Sie hier betreiben, ist eine einzige Verdummung der Öffentlichkeit, weil Sie von dem ablenken, was praktisch passiert. - Danke schön!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Stüber, ich erteile Ihnen das Wort für die SPD-Fraktion.

Abgeordneter Stüber (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie überflüssig diese Debatte ist, haben die letzten Beiträge eigentlich deutlich gemacht.

(Beifall bei der SPD)

Da spricht der Kollege Meyer über Flächen, der Kollege Busch redet sich in einem Rundumschlag den ganzen Frust von der Seele, der ihm wohl im Laufe der Wochen oder Monate angewachsen ist. Wenn Sie Protest haben, Herr Kollege Busch, empfehle ich Ihnen: Schreiben Sie einen Leserbrief an die "taz"; der kommt immer gut an.

(Beifall bei der SPD)

(D)

Ich will Ihnen einmal sagen, was ich unter "Opportunismus" verstehe. Vielleicht kann ich Ihnen das einmal erklären. Wissen Sie, was Opportunismus ist? Opportunismus ist, wenn jemand bei jeder Haushaltsberatung die Landesregierung auffordert, die WestLB zu verkaufen, und bei jedem Problem, das dann auftaucht - siehe Hoesch oder "Neue Mitte Oberhausen" -, die gleiche Landesregierung auffordert, diese WestLB als Instrument einzusetzen. Das nenne ich Opportunismus!

(Beifall bei der SPD - Widerspruch von den GRÜNEN)

Wir reden heute über den Nachtragsetat zum Haushaltsplan 1992. Darin steht zur Wirtschaft nur eine einzige kleine Bemerkung, nämlich 135 Millionen DM zusätzliche Verpflichtungsermächtigungen. Die sind hineingekommen, meine Damen und Herren,

(A) (Stüber [SPD])

weil wir glauben, daß es sinnvoll ist, in diesem Bereich - es geht hierbei um den Handlungsrahmen für die von der Kohlerunde betroffenen Regionen - zügig und vernünftig planen und handeln zu können. Das ist der Sinn von Verpflichtungsermächtigungen. Dazu haben Sie hier überhaupt kein Wort gesagt. Daß die GRÜNEN mit dem ganzen Thema nichts am Hut haben, weiß ich. Die würden das alles ja am liebsten abschaffen. Das sollen sie dann auch sagen; das ist ihr Bier.

Bei dem Kollegen Meyer habe ich mich gewundert. Er hat sich dazu gar nicht geäußert. Er hat etwas zu Flächen gesagt, aber zu Flächen kommen wir erst im Mai. Dann steht Ihr Antrag an. Sie sind vielleicht Ihrer Zeit ein bißchen voraus gewesen. Wir haben inzwischen die Uhren auf Sommerzeit eingestellt, nicht einen Monat vorgestellt. Ich weiß nicht, ob Sie das vielleicht nicht ganz mitbekommen haben.

Der Kollege Tschoeltsch - auch das fand ich überflüssig - hat noch einmal diese alte Leier vorgetragen, die er jedesmal vorträgt: Hier würde eine Ermächtigung am Parlament vorbei geschehen. Wir haben, Herr Kollege Tschoeltsch, auch im Ausschuß lange darüber diskutiert. Wir haben ein Problem im Lande Nordrhein-Westfalen

(B)

(Abgeordneter Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE]: Nicht nur eines!)

- ich sage das einmal ganz einfach - seit der Kohlerunde vom 11. November 1991, das in bestimmten Regionen dieses Landes tiefgreifende Einbrüche in den nächsten Jahren bringen wird. Und um diese Einbrüche politisch und strukturwandelmäßig mitzugestalten, zu verändern, die Bedingungen für die Menschen, die dort wohnen, zu verbessern - es geht um viele Menschen, allein im Bergbau um über 30 000, wie Sie wissen -, gibt es ein Handlungskonzept für diese Kohleregionen.

(Zuruf von der SPD)

- Ich muß ja sehen, daß er das einmal aufnimmt. Sonst glaubt er mir das ja nicht. Ich bitte aber um Entschuldigung und um Nachsicht, wenn ich damit unhöflich gegenüber den übrigen Anwesenden bin.

(C)

Für diese Regionen haben wir jetzt also ein Handlungskonzept aufgestellt, für das Geld zur Verfügung gestellt werden muß. Nun kann man zwei Dinge tun: Geld neu drucken können wir nicht, denn dafür haben wir keine Hoheit. Neue Verschuldung wollten wir nicht. Also haben wir uns gemeinsam mit der Landesregierung hingesetzt - wir haben das ja anschließend auch im Ausschuß ausführlich beraten - und haben die Summen aus bestehenden Mitteln zusammengekratzt.

Jetzt gibt es einen Globaltitel, der aus Titeln der einzelnen Häuser gespeist wird, für 1992 - das sage ich Ihnen noch einmal ganz deutlich - titelscharf. Für 1993 und die folgenden Jahre gibt es eine globale Summe auf die einzelnen Haushalte bezogen, auch auf den Einzelplan 08. Hier vom Podium und mehrfach auch im Ausschuß ist die feste Zusage gemacht worden, daß wir bei der Haushaltsberatung über die titelscharfe Zurverfügungstellung noch einmal debattieren werden.

(Zuruf des Abgeordneten Tschoeltsch [F.D.P.]

Als Stichwort nenne ich das Mittelstandsprogramm und was damit im Zusammenhang steht.

(D)

Für diese vier Regionen - ich muß sie nicht wiederholen, Sie kennen sie - gibt es ein Handlungskonzept. Dazu gibt es inzwischen eine sehr schöne Übersicht, die ich extra mitgebracht habe. Darin ist hinten auf einer Gebietskarte dargestellt, was regional inhaltlich schwerpunktmäßig gemacht werden soll, und zwar zügig.

Nun haben Sie als erstes gesagt, dieser Handlungsrahmen sei viel zu gering ausgestaltet, er müsse viel mehr enthalten.

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Inhaltlich!)

- Auch finanziell, haben Sie gesagt.

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Nein!)

Jetzt beklagen Sie sich, daß hier Summen im Haushalt stehen, von denen ich mir auch wünsche, daß es

(A) (Stüber [SPD])

mehr wäre, aber wir müssen es ja irgendwoher nehmen. Auf der anderen Seite beklagen Sie zuviel Bürokratie; das hat Kollege Meyer auch getan. Und nun weisen wir eine VE aus, damit man schon im laufenden Jahr planen kann, damit man auch Bewilligungen aussprechen kann - Sie wissen ja, wie schwierig manche Projekte sind. Wohl wissend also, daß die Projekte erst im nächsten Jahr begonnen werden können, werden 135 Millionen DM VE aufgenommen. Und Sie kritisieren da, das sei alles am Parlament vorbei entschieden worden. Sie müssen sich einmal äußern, was Sie denn nun wirklich wollen!

(Beifall bei der SPD)

Ich habe den Verdacht - und ich werde ihn bei Ihnen nicht los, bei den GRÜNEN ist das ja klar -, daß Sie das alles im Grunde genommen gar nicht wollen. Ihnen geht es im Grunde um das, was Kollege Reichel heute morgen in einem anderen Zusammenhang gesagt hat: Bildung statt Kohle. Sie möchten den ganzen Bereich abschaffen. Für Sie war das Ergebnis der Kohlerunde ein schmerzlicher Kompromiß. Wir haben aber gesagt, daß wir ihn alle mittragen könnten.

(B)

In diesem Zusammenhang muß ich auch den Kollegen Meyer anschauen und daran erinnern, was Kollege Linssen auf der Regionalkonferenz am Niederrhein - Hochinteressantes - gesagt hat. Hier hat er die Kohlefraktion aufgekündigt, draußen am Niederrhein erklärt er dagegen, wie toll denn diese Politik sei und daß man dort dieses gemeinsam gestalten müsse. Dies ist, denke ich, keine ganz saubere Verhaltensweise.

(Beifall bei der SPD)

Auch die F.D.P. muß sich erklären, was sie nun will. Will sie ein solches Handlungskonzept, um den tief betroffenen Regionen und den dort wohnenden Menschen zu helfen, oder will sie das nicht? Sagen Sie das bitte deutlich! Sagen Sie es bitte hier und auch in den Regionen, aber versuchen Sie nicht durch Filibusterei hier an einzelnen Positionen und Verhaltensweisen, an einzelnen Aussagen des Ministers und im beratenden Ausschuß ein Thema zu zerreden, von dem ich glaube, daß es für diese Regionen und damit für dieses Land in den nächsten Jahren von besonderer Bedeutung ist.

(C)

Von daher sind die 135 Millionen DM VE, die in den Nachtragsetat eingestellt worden sind, eine unheimlich wichtige, bürokratieverkürzende, Planungssicherheit gebende Maßnahme, die wir nur nachdrücklich begrüßen können. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile dem Herrn Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie, Herrn Einert, das Wort. Bitte schön!

Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie Einert: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Sache selber bräuchte ich eigentlich nicht mehr hier an das Pult zu gehen; denn Sie haben in der Sache nichts gesagt. Sie haben alte Schallplatten abspielen lassen, die Sie schon mehrfach im Ausschuß und hier zu Gehör gebracht haben. Sie weigern sich mit konstanter Bosheit, Antworten, die Ihnen gegeben werden, zur Kenntnis zu nehmen. Sie verstecken sich jetzt hinter haushaltstechnischen Gesichtspunkten, die falsch sind.

Nur eines will ich Ihnen, Herr Kollege Tschoeltsch, in aller Deutlichkeit sagen: Sie haben eben wieder formuliert, die Landesregierung gebe sich ein Ermächtigungsgesetz. Ich betrachte es als eine Unverschämtheit und als eine Unverfrorenheit von Ihnen.

(D)

(Beifall bei der SPD)

einen Begriff, der politisch so belegt ist, in dieser Art und Weise hier zu gebrauchen. Ich weise das zurück. Ich fühle mich von Ihnen beleidigt, wenn Sie das so formulieren.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der F.D.P.)

Und daß Sie überhaupt kein Schamgefühl mehr haben, wenn Sie eine solche Formulierung gebrauchen, das spricht ja wohl für Ihren moralischen Standard, auf dem Sie sich befinden.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Reichel [F.D.P.]: Das ist doch wohl das Letzte!)

(A) (Minister Einert)

"Er läßt sich ein Ermächtigungsgesetz geben" - haben Sie eigentlich überlegt, was Sie damit formulieren?

(Zuruf von der CDU: Ja!)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Minister, wollen Sie eine Zwischenfrage zulassen?

Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie Einert: Nein.

Wollen Sie jetzt endgültig auf dem Niveau politischer Strolche hier diskutieren, wenn Sie solche Begriffe verwenden? Ich verahre mich dagegen!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Also, Herr Minister, auch Ihr Amt rechtfertigt nicht die Anwendung solcher Begriffe. Ich bitte, davon abzusehen.

Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie Einert: So ist es. Ich tue das jetzt.

(B)

(Zuruf von der CDU: Hoffentlich!)

Zur Sache selbst! Die Finanzierung der aus dem Handlungsrahmen für die Kohlegebiete zu fördernden Projekte wird vorrangig aus bereits bestehenden Förderprogrammen erfolgen. Das haben wir gesagt und vorgetragen. Als zentrale Finanzierungsquelle stehen dabei die Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" zur Verfügung. Hinzu kommen die Programme aus RECHAR, aus Ziel 2 mit einem Mittelvolumen von 1,2 Milliarden DM.

Es kann überhaupt keine Rede davon sein, daß irgendwelche Mittel am Landtag vorbei beschlossen worden sind. Wir haben ausgeführt und deutlich gemacht, wer die Verwendung dieser Mittel festsetzt. Die Bundesregierung und die Mitglieder des Planungsausschusses bestimmen gemeinsam die Verwendung und geben sie für die Gemeinschaftsaufgabe vor. Die EG-Kommission zusammen mit den Planungs-

(C)

instrumenten, die dafür vorgesehen werden, bestimmen eindeutig die Mittelverwendung aus Ziel 2, aus RECHAR und anderen vergleichbaren Programmen. Es ist absoluter Unfug und spricht nur für Unkenntnis, hier von einer Mittelverteilung nach Gutsberrenart zu reden oder ähnlichen Schwachsinn zu formulieren.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Das mit dem Schwachsinn gilt für alle nach dem Motto: to whom it may concern. Da mag sich wer auch immer angesprochen fühlen; ich nenne keine Namen, meine aber alle. Es gibt hier und auch außerhalb des Landtags eine Reihe von Leuten, denen dieser Schuh paßt.

(Lachen bei der CDU)

Das muß man doch deutlich so sagen. Da habe ich keine Hemmungen.

(Zuruf des Abgeordneten Meyer [Hamm] [CDU] - Unruhe)

Herr Kollege Meyer, ich muß eines richtigstellen: Ich habe im Wirtschaftsausschuß zugesagt, den Landtag und den Fachausschuß bei der weiteren ständigen Begleitung über einlaufende, zu diskutierende und beschlossene Anträge zu informieren.

(D)

(Anhaltende Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Ich habe Ihnen - um das hier noch einmal klar zu Protokoll zu erklären; es gibt auch dafür kein Zitat - nie zugesagt, daß jeder Antrag vor Beschlußfassung dem Wirtschaftsausschuß vorgelegt wird, wie Sie hier glauben vortragen zu müssen. Das ist objektiv falsch. So etwas kann ich gar nicht zusagen. Auch im Rahmen von Einzelbewilligungen gilt das Ressortprinzip.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

- Ich lasse keine Zwischenfrage zu. - Ich kann für Mitglieder der Landesregierung nicht verbindliche Erklärungen abgeben und nehme das auch für mich in Anspruch.

(A) (Minister Einert)

Ich habe zugesagt, das Parlament und den Fachauschuß an der Diskussion über die weitere Vervollkommnung und Realisierung dieses Programms zu beteiligen. Aber ich füge in die Organisationsgewalt der Landesregierung, die in der Verfassung verankert ist, keine Ebene ein, indem ich sage: Jeden Antrag, den das Kabinett oder ein einzelner Ressortminister zu bescheiden hat, werde ich zur Genehmigung oder Diskussion einem Ausschuß vorlegen. Das geht nicht, und das werde ich auch nicht tun; damit das völlig klar ist.

Zu den Mitteln, die wir aus den Gemeinschaftsprogrammen formuliert haben, haben wir gesagt: 1,067 Milliarden DM für die Kohlegebiete aus bestehenden Programmen und Haushaltsansätzen im Rahmen der Umschichtung,

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

davon 165 Millionen DM als Komplementärfinanzierung zu dem Sonderprogramm der Gemeinschaftsaufgabe. Diese zusätzlichen Mittel dienen im wesentlichen der Finanzierung von Projekten, die über bestehende Förderprogramme nicht finanziert werden können.

(B) Im Haushalt 1992 sind bisher von den zusätzlichen Mitteln in Höhe dieser insgesamt für mittelfristig vorgesehenen Möglichkeiten 1,067 Milliarden DM Ausgabemittel in Höhe von 183,9 Millionen DM veranschlagt worden. Abgesehen von den 165 Millionen DM Verpflichtungsermächtigungen als Komplementärmittel des Landes an Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe sieht der Landeshalt 1992 bisher für die Maßnahmen des Handlungsrahmens, die allein aus Landesmitteln zu finanzieren sind, keine Verpflichtungsermächtigung vor. Die nach Verabschiedung des Haushalts 1992 durchgeführten Konferenzen zeigen jedoch, daß es sich bei den von den Regionen vorgeschlagenen besonders strukturelevanten Projekten überwiegend um mehrjährige Investitionsprojekte handelt. Die Umsetzung des Handlungsrahmens ab 1992 ist deshalb nur möglich, wenn hierfür entsprechende Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt werden.

Die Landesregierung hat deshalb ganz konsequent, keineswegs am Haushaltsgesetzgeber vorbei, zusätzli-

(C)

che Verpflichtungsermächtigungen von 135 Millionen DM in den Nachtragshaushalt 1992 eingestellt, um auch für mehrjährige Maßnahmen Bewilligungen zu ermöglichen. Eine Ausweitung des Handlungsrahmens ist damit nicht verbunden. Wir bewegen uns durchaus im Rahmen des Haushaltsrechts des Landes Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Kollegen Tschoeltsch für die Fraktion der F.D.P. das Wort.

Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Stüber, Sie haben mich direkt angesprochen. Ich will Ihre zwei Fragen beantworten.

Wir als F.D.P.-Fraktion haben hier im Landtag vor der Landesregierung und vor der SPD-Fraktion einen Antrag eingebracht, mit dem wir uns dafür ausgesprochen haben, daß für die betroffenen Regionen Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden. Sie können uns also gar nicht unterstellen, daß wir das nicht wollen. Nur: Wir wollen es nicht auf die Art und Weise finanzieren, wie Sie das hier betreiben.

(D)

(Beifall bei der F.D.P.)

Herr Kollege Stüber, Sie sagen, im Haushalt sei das titelscharf abgegrenzt. Das ist ein Trugschluß. Sie haben einzelne Titel, und Sie haben den einzelnen Titeln auch Finanzmittel zugeordnet. Dann aber haben Sie weitere Titel mit einem Nullansatz aufgenommen und schreiben unten: alles gegenseitig deckungsfähig. - Und das soll hier verabschiedet werden? Wir alle sollen zustimmen, und dann kann die Landesregierung aus freien Stücken nach Gutscherrenart die einzelnen Mittel zuteilen. Das machen wir nicht mit, Herr Minister.

(Beifall bei der F.D.P.)

Herr Minister, ich habe wirklich Verständnis dafür, daß Sie sehr nervös sind. Sie geraten unter Druck, und zwar nicht nur unter Druck der Opposition. Wenn ich an Herrn Mahlberg denke, komme ich zu

(A) (Tschöeltsch [F.D.P.])

dem Ergebnis, daß Sie nun wirklich zwischen allen Stühlen sitzen.

Damit wir wirklich nicht aneinander vorbeireden: Ich habe gerade darauf hingewiesen - das wissen Sie ganz genau, und der Finanzminister weiß es auch -, daß der Finanzminister mit diesem Nachtragshaushalt die Verpflichtungsermächtigungen global um 135 Millionen DM erhöht. Ich habe soeben auch ausgeführt, daß wir, weil Sie alles gegenseitig deckungsfähig machen, überhaupt keine Kontrolle über die 185 Millionen DM im Haushalt 1992 haben.

Damit Sie verstehen, was ich meine, möchte ich aus dem Urteil des Verfassungsgerichtshofes in Münster zitieren, in dem der erste Verfassungsbruch, den Sie begangen haben, festgestellt wurde. Ich zitiere genau die Passage, die auf diese Position jetzt paßt; hören Sie gut zu. Auf Seite 13 des Urteils heißt es:

Sachliche Spezialität gebietet, die Einnahmen nach dem Entstehungsgrund, die Ausgaben und die Verpflichtungsermächtigungen nach Zwecken getrennt zu veranschlagen und, soweit erforderlich, zu erläutern. Dieses Prinzip ist mit den Grundsätzen der Haushaltsklarheit und -wahrheit eng verbunden.

(B)

Dann kommt das, was ich vorhin zitiert habe. Genau das, was das Verfassungsgerichtsurteil hier sagt, berücksichtigen Sie nicht. Deswegen prophezeie ich Ihnen, daß Sie erneut Schiffbruch erleiden werden.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wenn wir nach Münster gehen, wird Münster wieder sagen: Sie, Herr Minister, haben die Verfassung gebrochen, weil Sie sich an dieses Urteil nicht halten.

Jetzt noch etwas, Herr Minister Einert, was nicht der Erheiterung dienen soll, sondern was noch einmal deutlich machen soll, wie Sie Politik handhaben. Ich habe in einer Kleinen Anfrage das Projekt Festspielhaus in Recklinghausen angesprochen. Laut einer Pressemeldung wurde im Januar durch die Landesregierung die Zusage gegeben, dieses Projekt zu fördern. Im Februar habe ich die Kleine Anfrage gestellt, in der ich wissen wollte, ob das durch einen Kabinettsbeschluß abgesichert sei, wie viele Finanz-

(C)

mittel in den Jahren 1992/93/94 für dieses Projekt vorgesehen seien und ob die Stadt Recklinghausen, der Kreis Recklinghausen und der Bezirksplanungsrat auch in ihren Gremien dieses Projekt beschlossen haben.

Da wurde zuerst einmal die Zeit nicht eingehalten. Man soll ja innerhalb von vier Wochen antworten. Dann gab es ein Schreiben des Kultusministers, in dem es hieß: Diese Materie ist so kompliziert, daß ich noch weitere vier Wochen brauche, um das zu beantworten. - Ich frage mich dabei, was da kompliziert ist, wenn ich nach einem Kabinettsbeschluß frage. Sie brauchen keine Recherchen anzustellen. Sie haben alles im Hause. Sie mußten auch die Anträge der Städte haben. Ich weiß gar nicht, was Sie da recherchieren müssen.

Aber dann - nachdem diese Kleine Anfrage über eine Auslegung der Geschäftsordnung auf die Tagesordnung kommen sollte - kam urplötzlich die Antwort, und siehe da, *meine Damen und Herren! Es gibt keinen Kabinettsbeschluß - so haben Sie mitgeteilt. Als Sie dann draußen sagten, daß Sie - die Landesregierung - das Projekt förderten, da hatte die Stadt überhaupt noch keinen Beschluß gefaßt; sie hatte noch gar keinen Antrag auf Förderung gestellt.

(D)

Meine Damen und Herren, das ist doch nun wirklich Gutsberrenart. Da wird verkündet, die Landesregierung finanziere irgendwelche Projekte. Da liegen keine Anträge aus den betroffenen Gremien vor; da gibt es keinen Kabinettsbeschluß. - An was wollen wir uns denn hier noch halten? Was stimmt denn jetzt eigentlich? Müssen wir alles in Frage stellen?

(Beifall bei der F.D.P.)

Nun wollte ich ja heute ursprünglich eine Dringliche Anfrage einbringen, weil ich noch eine Frage habe. Da hat nun das Präsidium einen intelligenten Beschluß gefaßt und erklärt, die Frage sei nicht dringlich, weil ich das in der Debatte ansprechen könne.

Ich möchte jetzt nur den Herrn Präsidenten inständig um Unterstützung bitten, daß die Landesregierung nun meine Frage beantwortet.

(A) (Tschoeltsch [F.D.P.])

Diese Frage wollte ich ursprünglich stellen. Ich tue es nun hier in der Debatte, und ich erwarte natürlich auch die Antwort, Herr Minister. Ich wollte einfach wissen, für welche anderen Projekte es auch zutrifft, daß Sie nach außen Förderungszusagen gegeben haben, ohne daß es einen Kabinettsbeschluß gab, und daß Sie diese Zusagen in der Öffentlichkeit gegeben haben, ohne daß überhaupt die demokratisch legitimierte Gremien Beschlüsse gefaßt hatten. Das ist schlicht und einfach meine Frage.

(Beifall bei der F.D.P.)

Herr Präsident, nach dem Vorlauf gehe ich einfach davon aus, daß die Landesregierung jetzt auch gleich antworten wird.

(Beifall bei der F.D.P. - Abgeordneter Dr. Rohde [F.D.P.]: Aber der Wirtschaftsminister schweigt! - Weitere Zurufe)

Vizepräsident Dr. Klose: Wollen Sie das Wort ergreifen, Herr Minister?

(Lachen und lebhaftes Zurufen von der F.D.P. - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

(B)

Dann darf ich nun Herrn Kollegen Meyer für die Fraktion der CDU das Wort erteilen. Bitte schön.

Abgeordneter Meyer (Hamm) (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich finde die Art und Weise, in der hier das Parlament behandelt wird, unerträglich.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Da stellt sich Minister Einert auf unsere Beiträge hierher, regt sich gezielt auf, lacht in sich hinein, geht zu seinen alten Floskeln über und trägt nichts Neues vor. Er geht auf keinen der vorgetragenen Gesichtspunkte ein, auf überhaupt keinen dieser Gesichtspunkte!

(Widerspruch von der SPD)

(C)

- Es ist immer so, daß Sie sich aufregen. Wenn es voll ins Schwarze geht, regen Sie sich stets besonders stark auf.

(Zuruf des Abgeordneten Aigner [SPD])

Meine Damen und Herren, wir haben ihn vorhin gebeten, vor dem Parlament Stellung zu nehmen - auch im Zuge von Haushaltsdiskussionen -, wie er sich draußen in Veranstaltungen bei der Wirtschaft betätigt.

Ich habe Zeitungen hier vorliegen, die folgendes besagen:

Minister Einert: Wir ersticken in Bürokratie. Bürokratie behindert technische Entwicklung.

Einert sprach sich vor allem bei der Arbeitszeit und den Maschinenlaufzeiten für mehr Flexibilität in der Wirtschaft aus.

Einert spricht sich wie folgt aus: Viele Repräsentanten der Wirtschaft addierten die Lohnforderungen der Gewerkschaften, hohe Lohnnebenkosten, Unternehmenssteuern und Pläne für Umweltafgaben zu einer Gesamtkostenbelastung für die deutsche Industrie hoch.

(D)

Man dürfe die Belastbarkeit der Wirtschaft nicht überstrapazieren.

Alles das haben wir hier hinterfragt. Wir haben ihn gebeten, einmal von seiner Rolle als Schönwetterredner draußen in den Versammlungen Abstand zu nehmen und das hier zu sagen, in seiner Fraktion Stellung zu nehmen.

(Beifall bei der CDU)

Haushaltsplanberatungen haben nun einmal den Sinn, auch über den ganz konkreten Vorschlag hinaus die einzelne Politik, hier die Wirtschaftspolitik der Landesregierung, zur Debatte zu stellen.

Herr Minister, wenn Sie es nicht für nötig halten, auf einen der Punkte überhaupt einzugehen, dann werden Sie es mir überhaupt nicht verübeln können, wenn ich

(A) (Meyer [Hamm] [CDU])

sage: Sie halten draußen Schönwetterreden und trauen sich hier wegen Ihrer eigenen Fraktion nicht, das im Parlament zu wiederholen.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Haben Sie doch den Mut! Stellen Sie sich doch hierhin, meine Güte noch eins! So lange haben Sie doch nicht mehr vor sich, daß Sie jetzt noch wesentlich Rücksicht auf Ihre eigene Fraktion nehmen müßten.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Deswegen will ich hier klipp und klar auch noch eines sagen, damit es wirklich klar ist: Herr Stüber, das, was Sie zum wiederholten Male hier versucht haben gegenüber dem Fraktionsvorsitzenden der CDU-Fraktion - -

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Meyer, wollen Sie eine Zwischenfrage zulassen?

(Abgeordneter Meyer [Hamm] [CDU]: Wenn es Herr Stüber war, immer!)

(B) - Herr Kollege Stüber, bitte schön.

(Abgeordneter Meyer [Hamm] [CDU]: Er hat sich zu Wort gemeldet!)

- Das war hier nicht erkennbar.

Bitte schön, fahren Sie fort!

Abgeordneter Meyer (Hamm) (CDU): Meine Damen und Herren! Ich möchte hier nachdrücklich eines wiederholen.

Herr Stüber, Sie können gleich darauf eingehen und es gegebenenfalls entsprechend korrigieren. Sie haben jetzt zum wiederholten Male wider besseres Wissen behauptet, die CDU sei aus der sogenannten Kohlefraktion in diesem Landtag ausgestiegen.

(Demonstrativer Beifall der SPD - Lebhaftes Zurufe von der CDU)

(C)

Sie haben das zum wiederholten Male wider besseres Wissen behauptet.

Es hat hier im Landtag über viele Jahre hinweg eine gemeinsame Linie hinsichtlich der Energiepolitik gegeben. Diese gemeinsame Linie haben Sie im Jahre 1987 verlassen. Daraufhin ist es hier im Jahre 1989 zu Auseinandersetzungen über die Energiepolitik der Zukunft gekommen.

Wenn Sie jetzt meinen, Sie müßten diesen Fakt umdrehen,

(Zuruf des Abgeordneten Kuschke [SPD])

und behaupten, die Kohlefraktion und insbesondere die Unterstützung für die Kohleregionen - das leiten Sie daraus ja ab - sei von der CDU hier in Frage gestellt, dann sage ich Ihnen: Das ist wider besseres Wissen!

(Beifall bei der CDU)

Sie haben selbst den Grund dafür geliefert, indem Sie angeführt haben, Herr Dr. Linssen habe sich noch auf der Kohlekonferenz, die Sie eben genannt haben, zu den Programmen für die Umstrukturierung der Kohleregionen bekannt. Meine Damen und Herren von der SPD, das ist doch gerade der Punkt, den wir hier beklagen!

(D)

(Beifall bei der CDU - Abgeordneter Aigner [SPD]: Eine solche Doppelzüngigkeit und Verlogenheit!)

Ich habe das heute auch beim Kollegen Tschöeltz wieder entdeckt: Wir beklagen, daß Sie, nachdem in der Kohlefrage doch wirklich mehr Klarheit herrscht, nicht mit Volldampf an den Umstrukturierungsprozeß im Lande gehen und nicht die Bedingungen für unsere Wirtschaft fundamental verändern. Deswegen mahnen wir doch eine klare Linie und klare Ziele an.

(Beifall bei der CDU - Abgeordneter Aigner [SPD]: Das ist unerträglich!)

Herr Wirtschaftsminister, solange Sie uns die Liste darüber, wie die Mittel verwendet werden, nicht geben, müssen wir nach den Beispielen, die wir jetzt

(A) (Meyer [Hamm] [CDU])

kennen, leider Gottes unterstellen, daß selbst das, was Sie uns zur Umschichtung von einzelbetrieblicher Förderung hin zu Infrastrukturförderung vorgetragen haben, nicht richtig ist.

Sie sagen, Sie hätten früher sehr stark Einzelunternehmen gefördert - nur zu 10 % Infrastrukturmaßnahmen und zu 90 % Unternehmen -, heute betrage der Anteil für die Infrastrukturmaßnahmen 60 %. Es hat sich anschließend aber herausgestellt, daß zu den Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen eine Maßnahme in Oberhausen gehört, wo für ein einzelnes Unternehmen ein Standort aufbereitet wird - das ist doch eine einzelbetriebliche Förderung -, oder daß halbstaatliche Unternehmen gefördert werden - ich nenne das Beispiel HDO in Oberhausen, dieses Gemeinschaftsunternehmen zwischen WestLB und Stadt Oberhausen.

(Abgeordneter Dr. Dammeyer [SPD]: Das ist zukunftssträftig!)

- Das kann wohl zukunftssträftig sein, es darf aber doch nicht sein - das müßten Sie, Herr Dammeyer, doch auch begreifen -, von einzelbetrieblicher Förderung Abstand zu nehmen, um halbstaatliche Einzelbetriebe zu fördern, und das Infrastrukturförderung zu nennen.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Das macht doch keinen Sinn!

Deswegen, Herr Wirtschaftsminister, allen Ernstes: Wir können Ihnen nach allem, was wir heute wissen, erst glauben, wenn Sie uns die Einzelbezuschussungen im Wirtschaftsausschuß vorlegen und wir darüber im einzelnen diskutieren können. Sie haben oft versprochen, uns die Daten zu geben, bekommen haben wir noch gar nichts. Solange Sie uns diese Liste nicht vorlegen, sind das alles leere Worte.

(Abgeordneter Schultz [SPD]: Wie Ihre ganze Rede!)

Wir können Sie nur bitten, das Parlament ernst zu nehmen; das ist der eigentliche Sinn dieser Debatte. Nehmen Sie das Parlament endlich ernst! Sagen Sie

(C)

uns, wie Sie die Kurve zu einer vernünftigen Wirtschaftsstrukturpolitik in diesem Lande kriegen wollen!

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD - Abgeordneter Aigner [SPD]: Sie Dummschwätzer! - Abgeordneter Mernizka [SPD]: Nach Ihren Vorschlägen nicht!)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile jetzt Herrn Kollegen Stüber von der Fraktion der SPD das Wort.

(Abgeordneter Aigner [SPD]: Müssen wir auf jeden Mist reagieren, der hier abgesondert wird?)

Abgeordneter Stüber (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mich noch einmal gemeldet, weil, Herr Kollege Meyer - das richte ich direkt an Sie - ich es unerträglich finde, in welcher Art Sie hier Wirtschaftspolitik kritisieren, wie Sie agieren und den Wirtschaftsminister diffamieren. Ich halte es in der Tat für unerträglich, in welchem Stil Sie das hier tun.

Ich sage Ihnen erstens: Wir haben heute einen Nachtragshaushalt zu behandeln, wir haben keine Haushaltsberatung!

(D)

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Wie? - Abgeordneter Hardt [CDU]: Das ist ein Nachtragshaushalt!)

Wenn Sie dazu etwas hätten sagen können, hätten wir das bei den Haushaltsberatungen gemacht. Aber das ist Ihnen zu spät eingefallen. Das ist nicht unser Problem.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Zu den 135 Millionen DM VE haben Sie kein einziges Wort gesagt.

(Beifall bei der SPD)

(A) (Stüber [SPD])

Sie sprechen über Dinge, die heute gar nicht anstehen. Es kann ja sein, daß Sie die Chance nutzen wollen.

(Abgeordneter Hardt [CDU]: Was steht denn bei Ihnen heute auf der Tagesordnung?)

Ich will Ihnen eines sagen: Zwei Tage vor der entscheidenden Verhandlung zum Kohlekomproß in Bonn hat der Kollege Linssen in einem Zeitungsinterview die Kohlefraktion aufgekündigt. Er hat wörtlich erklärt, die Kohlefraktion habe den Strukturwandel in den Kohleregionen blockiert und behindert.

(Zuruf von der SPD: Hört! Hört!)

Das ist schwarz auf weiß nachzulesen. Das ist die Aufkündigung der Kohlefraktion!

(Beifall bei der SPD)

Betreiben Sie jetzt keine Geschichtsklitterung, indem Sie darstellen, die Auseinandersetzung um die Kernenergie 1987 sei das Verlassen der Kohlefraktion gewesen. Das istbarer Unsinn, das nimmt Ihnen nicht einmal mehr die betroffene Wirtschaft ab.

(B) (Beifall bei der SPD)

Sie haben hier Projekte angesprochen, zum Beispiel das in Oberhausen. Das ist es, was wir kritisieren, wogegen wir uns verwahren und wo wir Sie permanent auffordern, klar Position zu beziehen. Sagen Sie einmal, ob ein solches Projekt sinnvoll ist oder nicht, dann kann man darüber reden. Aber dieses Zerreden, dieses Labern und Einen-Brei-Ausschütten von Verunglimpfung, Diffamierung und Nebelkerzenwerfen, dieses Fragen, ob alles Rechtens ist, ob nicht irgendwo etwas nicht sauber gelaufen ist, dieses Ausstreuen von Verdächtigungen -

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Wer diffamiert denn hier?)

davor hat selbst Kollege Rohde im Ältestenrat gewarnt. Er hat davor gewarnt, solche Projekte kaputtzureden.

(Zuruf des Abgeordneten Schultz [SPD])

Nehmen Sie das bitte einmal ernst!

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Wenn Sie den Rohde schon zum Kronzeugen nehmen, Herr Stüber!)

Eine letzte Bemerkung, und zwar zum Kollegen Tschoeltsch! Das war wieder ein Rundumschlag. Ganz persönlich an Sie, Herr Kollege Tschoeltsch, und in aller Ruhe gesagt: Ich hätte es toll gefunden, wenn Sie an dieses Pult gegangen wären und sich für diesen unerträglichen Ausdruck "Ermächtigungsgesetz" entschuldigt hätten.

(Beifall bei der SPD)

Das wäre angemessen gewesen. Alles andere können Sie vergessen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Minister, wollen Sie direkt das Wort - das dürfen Sie natürlich - oder wollen Sie erst noch Dr. Linssen sprechen lassen? Er hatte sich eher gemeldet, aber Sie haben ja das Recht, immer zu sprechen. - Herr Minister, ich erteile Ihnen das Wort!

(Unruhe - Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Dieser Minister geht immer vor!)

Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie Einert: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich wollte lediglich eine mehr oder weniger persönliche Bemerkung machen.

Herr Kollege Meyer, es wird Ihnen auch mit solchen Formulierungen nicht gelingen, einen Keil zwischen die SPD-Fraktion und den Wirtschaftsminister zu treiben.

(Abgeordneter Dr. Rohde [F.D.P.]: Den gibt es schon längst!)

Was Sie moniert haben, was ich in Artikeln, vor Verbänden und sonstigen Einrichtungen gesagt habe,

(C)

(D)

(A) (Minister Einert)

ist überhaupt kein Geheimnis. Ich wiederhole das. Ich unterschreibe jedes Wort, das ich dort gesagt habe.

Damit Sie Klarheit haben: Genau diese Inhalte sage ich nicht nur vor Verbänden und Unternehmern, sondern ich habe sie wörtlich so formuliert auch hier im Landtag vorgetragen.

(Abgeordneter Dr. Rohde [F.D.P.]: Richtig!)

Vielleicht lesen Sie einmal das Protokoll nach. In einer Debatte hat der Kollege Schauerte gesagt: Das war eine hervorragende Rede. Da hat er sich wohl bei seinen eigenen Parteifreunden in die Nesseln gesetzt. Ich habe bisher noch kein negatives Echo von meinen politischen Freunden gehört. Und ich glaube auch nicht, daß eines kommt. Deshalb habe ich es gar nicht nötig, mir anzuhören, daß Sie hier vortragen und monieren, ich würde draußen im Lande anders reden als hier im Landtag. Ich rede stets mit gleicher Zunge.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Widerspruch von der CDU - Zuruf des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE])

(B) Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Linssen das Wort.

Abgeordneter Dr. Linssen (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir hätten natürlich gern die Frage beantwortet bekommen, Herr Einert, aber vielleicht läßt sich das am heutigen Abend irgendwann in anderer Form nachholen.

Ich möchte nur, damit die Geschichtsklitterung nicht weitergeht, Herr Stüber, hier doch noch einmal den Sachverhalt der Kohlefraktion, wie wir sie gehabt haben, ganz kurz referieren. Wir haben hier Debatten gehabt, vor allen Dingen seit dem Ausstiegsbeschluß aus der Kernenergie der SPD in Nürnberg, über Jahre. Wir haben 1989 eine Debatte gehabt, in der für die CDU-Fraktion die Kollegin Thoben, der Vorsitzende Bernhard Worms und ich geredet haben; die empfehle ich Ihrer Lektüre. Da ist ganz klar geworden, daß diese Kohlefraktion aufgekündigt wurde

(C)

durch die SPD, durch ihren Ausstieg aus der Kernenergie.

(Beifall bei der CDU)

Seinerzeit ist durch Sie diese Kohlefraktion - das ist hier auch so festgehalten worden - ganz klar aufgekündigt worden.

(Abgeordnete Garbe [SPD]: Das haben Sie behauptet!)

Es gab also überhaupt keine Veranlassung und keine Gelegenheit, durch mich irgendwann später vor der entscheidenden Kohlerunde in Bonn eine Aufkündigung vorzunehmen, da die längst stattgefunden hatte, und zwar durch Sie. Es ist richtig, daß ich in einem Hintergrundgespräch zwei Tage vor dieser Kohlerunde in Bonn die Überlegung angestellt habe, ob diese Kohlefraktion, solange sie hier gehalten hatte, nämlich bis 1989, mit dazu beigetragen hat, daß der Strukturwandel in diesem Lande zu langsam vorangeschritten ist. Das ist Tatsache.

Herr Stüber, ich hätte wirklich die Bitte, daß Sie das jetzt vielleicht noch verinnerlichen und in Zukunft auch so vortragen. - Herzlichen Dank!

(D)

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Wird weiterhin das Wort gewünscht? - Herr Kollege Dr. Busch, bitte schön!

(Zurufe von der SPD)

Abgeordneter Dr. Busch (Düsseldorf) (GRÜNE): Ich freue mich, daß Sie meine Wortmeldung schon mit Vorfreude zur Kenntnis nehmen.

Ich möchte noch einmal zur Sache kommen. Wir reden hier über Haushalt. Es ist eine konkrete Frage zum Haushalt, zum Umgang mit Haushalt gestellt worden, eine konkrete Frage an Sie, Herr Einert. Sie hatten hier das Wort ergriffen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

(A) (Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

aber Sie haben diese Frage nicht beantwortet. Doch Sie haben weiterhin die Gelegenheit, diese Frage zu beantworten. Es geht offensichtlich um Aussagen, die Sie in Recklinghausen getan haben. Die "Recklinghäuser Zeitung" vom 21. Januar 1992 berichtet, daß Sie dort die Finanzierung diverser Projekte angekündigt haben, nämlich mit dem Hinweis auf den Ministerpräsidenten Rau persönlich. Also, der oberste Gutscherr persönlich habe gesagt: Das machen wir jetzt.

(Widerspruch bei der SPD)

Jetzt fragen wir uns natürlich: Wie kommen Sie zu einer so weitreichenden Aussage, wenn es dazu keinerlei Finanzierungsgrundlagen gibt?

Nun ist dies kein Einzelfall, sondern Herr Heinemann hat für "Therapie sofort" 2 Millionen DM angekündigt - ohne haushaltsrechtliche Grundlage. Wir haben Staatsbad Oeynhausen. Da gibt es ein Schreiben an die Stadt Oeynhausen, in dem gesagt wird: Das Thermalbad usw., das bauen wir aus. Haushaltsrechtliche Grundlage war und ist nicht vorhanden!

(B) Wir haben Herrn Schleußer, der sich im Wort fühlte, in Oberhausen etwas zu bewirken, nachdem Triple Five mißlang.

Da haben wir viele solcher Beispiele dafür, daß die Landesregierung im Lande herumzieht, Zusagen herausposaunt, ohne dazu Grundlagen zu haben. Das ist in hohem Maße kritikwürdig, und das ist offensichtlich die Mentalität, die solche Skandale wie Oberhausen und Bochum erst möglich gemacht haben, daß nämlich 107 Millionen DM bzw. 26 Millionen DM an Wirtschaftsförderungsmitteln verausgabt werden. Herr Einert, ohne daß es dazu eine verlässliche Finanzierungsgrundlage gibt.

Herr Einert, Sie haben uns immer erzählt, das seien EG-Mittel. In der entsprechenden Presseerklärung als Reaktion auf die Presseerklärung der GRÜNEN haben Sie dann gesagt: Wenn es soweit ist, werden wir solche Mittel beantragen. Das heißt, Sie haben diese Mittel gar nicht beantragt, Sie haben keine Finanzierungsgrundlage für die 107 Millionen DM. Und das ist die Mentalität, die hier kritisiert wird. Herr Einert, ich möchte Sie noch einmal ganz nachdrücklich bit-

ten, diese Frage, die von Herrn Tschöeltach gestellt wurde, zu beantworten: Auf welcher Grundlage haben Sie diese Finanzierungszusagen in Recklinghausen gemacht?

Ich will noch ein Letztes sagen, Stichwort: Bürokratieabbau. Herr Einert, Bürokratieabbau, das ist ja auch ein Lieblingswort von Ihnen: Die Bürokratie verhindert den Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen.

Ich habe mittlerweile den Eindruck, damit meinen Sie nicht nur die Gewerbeaufsicht, also das Zurückdrängen der Gewerbeaufsicht als Investitionshemmnis, damit meinen Sie nicht nur mehr Straßenbau und die Verringerung von Bürgereinsprüchen als Hemmnis, sondern Sie meinen auch das Parlament insgesamt als Investitionshemmnis. Dagegen möchte ich mich hier massiv verwahren. Das ist demokratiefeindlich, wenn Sie das so betreiben.

(Beifall* bei den GRÜNEN - Abgeordneter Memizka [SPD]: Sie sind auf jeden Fall ein Investitionshemmnis; lassen Sie sich das einmal sagen!)

(D) Vizepräsident Dr. Klose: Wird weiter das Wort erbeten? - Offenbar nicht. Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu einer ganzen Reihe von Abstimmungen; ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie da genau zuhören. Zunächst schließe ich hiermit die Beratung.

Wir haben abzustimmen erstens über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der F.D.P. Drucksache 11/3522 mit dem Stichwort "Gleichmäßige Lehrerversorgung an Schulen". Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. -

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Schwarz-Gelb!)

Die Gegenprobe! -

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Rot-Grün!)